

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1918

224 (15.5.1918) Abendblatt

Badischer Beobachter

Abendblatt

Verlagspreis vierteljährlich:
 In Karlsruhe durch Träger Nr. 425,
 (b. d. Geschäftsstelle monatl. M. 1.10)
 (b. d. Geschäftsstelle) durch die
 auswärt. (Deutschland) durch die
 Post Nr. 470 (b. d. Postamt) für
 Ost- u. Westpreußen, Posen, West-
 Preußen, Ost- u. Westgalizien, Wei-
 schen, Holland, Schweiz bei den Postäm-
 tern, übriges Ausland M. 12.—

Kernsprecher Nr. 535

Notationsdruck und Verlag der Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei
 Karlsruhe, Adolfsstraße 42, Albert Hofmann, Direktor

Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben
 Beilagen: Je einmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Stern und Mäuser“,
 „Mäuser für den Familiensinn“ und „Mäuser für Haus- und Landwirtschaft“

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Feuilleton: Th. Meyer;
 für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Waghel; für Anzeigen und Reklamen:
 A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

Anzeigenpreis:

Die achtsp. Kolonnenzeile 25 Pf.; Neffan-
 men Nr. 1.20, je mit 20% Feuertungs-
 zuzug. Bei Wiederholung Nachschlag
 nach Tarif. — Aufträge von nicht
 alle Anzeigen Expeditionen. — Schluß der
 Anzeigenannahme vorm. 1/8 Uhr
 bzw. nachm. 1/3 Uhr.

Verfälscht: Karlsruhe 4844

Ein Mahnwort aus der Schweiz.

Die Neuen Zürcher Nachrichten (Nr. 132) schreiben in Anknüpfung an ein Zitat von Görres über das deutsche Erbteil des inneren Zwistes:

Die Deutschen sind die Gleichen geblieben. Sie wollen noch heute lieber rot, gelb, grün, blau sein, aber nur das eine nicht: Deutsche. Dem Preußen ist der Preuze alles und darüber hinaus nichts. Die Welt möchte sich fünfzigmal umgestülpt, der letzte Stuhlklammer möchte jedesmal sein Mut für sein Preußen heldenmütig verpircht haben, dem Junfer, mag er es durch Geburt, Kriegsgefahr oder Wucher, im Reich des Adels oder der Plutokratie geworden sein, er existiert doch sieben- und achtzigmal und der Steinflöper, der neben ihm steht, signal den Blutritt für Preußen, nämlich der, der alle Kraft und Größe gegeben haben mag, er steht eben doch fast als „freund Schwein“. Sein Stummzettel ist leichtes Papier, des Junkers von unedelm ererbtem Adelschild oder lächerlicher Geldsack Gnaden wiegt schwerer wie Edelstein. Und in dieser Geistesverfassung hinein spricht ein deutscher Kaiser das Wort vom wohlverordneten Recht des gleichen Wahlrechtes und ein Kanzler verkündet, daß es kein Wahlrecht der Plutokratie mehr gebe, — der Preuze bleibt Preuze, nämlich der, der alles vergerst und nichts gelernt hat und der niemals Parocher sein kann. Mögen die anderen die Köpfe in der Mitte bejammern und die Hüfte rundum zum Gebehr geföhrt haben, er reckt den Kopf hoch und zerföhlt seinen eigenen Leuten die Beine. —

Man erkennt die Deutschen, die gegen eine ganze Welt bis heute durch Kampf und Not Sieg um Sieg davongetragen und der friedlosen Welt drei Frieden gebracht haben, nicht in dem, wie sie seit Jahr und Tag im Inneren des unedlen Streitess wagen, der eine gegen den andern nach kleiner Kleinadlerart, eng und befangen, so gar nicht hundenbürgisch, so ganz und gar nicht kaiserlich, den Gegner, und wäre er siebenfach größer und verdoppelt um sein Vaterland als das ganze Mittel seiner Feinde, in der Gasse schleichend, verleumend und schabkneidend, daß es fast zum Ekel wird. Und davor erheben sich die nützlichen Leute in dünselhaftem Marjarsel über die Kriegsbildungsgegeret der Italiener, die Defaitistenpolizistende der Franzosen und sind im Wesen des gleichen Geistes voll, alles, nur nicht Deutsche. Die wilden Werde haben den Zerstörer, wenn ein Wolf sie bedroht — sie aber zerföhlen untereinander tapfer die Beine.

Es ist viel Nichtiges an dem, was hier ein deutscher Schweizer sagt. Wir im Reich verlieren oft das Augenmaß zur Beurteilung dessen, was wir selbst tun. Und gerade gegenwärtig ist viel Grund vorhanden, daß man uns Solches von auswärts wieder einmal vor Augen führt. Soeben haben die preußischen Konföderativen im Abgeordnetenhaus das gleiche Wahlrecht wiederum niedergestimmt, trotz eines Königswort, das seiner Erfüllung harzt und trotz der Gefahr der Lage. Sie wollen das gleiche Wahlrecht selbst nicht mit jenen Sicherungen, durch die ein wahrer christlicher Konföderativismus einen allzu plötzlichen Übergang vermeiden will. Sie tun, als ob sie, und sie allein, den preußischen Staat geschaffen hätten und erhalten könnten. Wieder das eine noch das andere ist richtig. Das moderne Preußen wurde nur durch das freie Zusammenwirken der Volksmassen mit den konföderativen führenden Kreisen geschaffen, wobei ein gut Stück einseitiger Liberalismus mitwirkte. Man denke an die Kämpfe und Reformen vor 100 Jahren, an die Weiterentwicklung im 19. Jahrhundert, und die zum glänzendsten Erfolg führenden Siege von 1870/71. Ohne die Mitwirkung der Volksmassen wäre das so wenig möglich gewesen, wie es heute möglich wäre, den Weltkrieg mit Erfolg zu bestehen, ohne Dörferwillen jedes einzelnen aus dem Volk. Und aus dieser Erkenntnis hat das Wort des Königs die Folgerung gezogen, durch die Verheißung des gleichen Wahlrechtes, ein Wort, das die preußische Regierung jetzt im Kampf mit einem zurückgebliebenen Konföderativismus einzulösen im Begriffe steht. Wer schließlich siegen wird, ist klar, aber niemand kann verkennen, welcher Kämpfe und Anstrengungen es dazu noch bedürfen wird. Der günstigste Fall wäre der, daß das Herrenhaus gut machte, was die Preuche preußische Kammer über gemacht hat und daß das Abgeordnetenhaus dann einmütsvoll genug wäre, zu einer Verteidigung mitzugehen. Das wäre dann ein neues Beispiel dafür, wie die Erste Kammer an staatsmännischer Einsicht die Volkammer (wenn man das preußische Abgeordnetenhaus mit seinem rein plutokratischen Wahlrecht so nennen kann) übertrifft. Trifft aber das nicht zu, dann wird zum Schaden des Ganzen ein innerpolitischer Kampf auf Leben und Tod durchgemacht werden müssen, in dem die Konföderativen schließlich die Unterlegenen sein werden, denn der Gegner das Messer auf die Brust legt mit allen Folgen eines solchen Zustandes. Immerhin läßt sich bei der Art, wie die preußischen Konföderativen Politik treiben, auch denken, daß sie die Paradoxie nicht bis zum natürlichen Ende treiben, sondern nur die Wucht haben, im Augenblick, der ihnen der günstigste scheint, in der Hauptfrage nachzugeben. Ein unglückliches Urteil darüber ist heute noch nicht möglich.

Aber den zweiten Teil der obigen Mahnung aus der Schweiz wollen wir uns nicht besonders annehmen. Möge sich dazu jeder seine eigenen Gedanken machen.

Deutsche Angriffs- und Abwehrerfolge.

Tagesbericht vom Großen Hauptquartier, 15. Mai. (W.T.B. Amtlich.)

Westlicher Keilgeschloß.

Nördlich vom Kemmel hatten örtliche Angriffsunternehmungen vollen Erfolg und brachten 120 Gefangene ein. Unser Angriff traf in der Abklingung befindliche Truppen und kostete den Franzosen hohe blutige Verluste. Der Artilleriekampf blieb im Gebiet des Kemmel gesteigert. Heute früh haben sich dort mit französischen Vortritten neue Infanteriegefechte entwickelt.

Zwischen der Lys und dem La Bassée-Kanal, an der Scarpe und bei Ducanoy war die feindliche Artillerie namentlich während der Nacht reg.

Zwischen Ancre und Somme drangen wir in kurzem Stoß an der Straße Bray-Corbic in

englische Linien ein und behaupteten das gewonnene Gelände gegen zweimalige starke Gegenangriffe des Feindes. Zur Unterstützung der Infanterie hielt lebhafteste Artillerietätigkeit an.

Bei Lillers-Vretouneuz, beiderseits der Luce und Avre lebte der Feuerkampf vielfach auf. Auf dem Westdunker griff der Feind unsere Linien bei Castel an. Unter schweren Verlusten wurde er zurückgeschlagen.

In einzelnen Abschnitten Erkundungsgefechte.

Unsere Flieger schossen gestern fünf feindliche Fesselballone ab. An den Kampfzonen sehr reger nächtlicher Fliegeraktivität.

Wir bewahren Calais, Dünkirchen und andere rückwärtige Munitionslager und Bahnanlagen des Feindes ausgiebig mit Bomben.

Von den anderen Keilgeschloßplänen nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Kriegslage im Westen.

Eine Ansprache des Kaisers.

Machen, 14. Mai. (W.T.B.) Vor einigen Tagen weckte der Kaiser, aus dem Großen Hauptquartier kommend, auf der Durchreise in Machen und stattete dem Minister und dem Rathause einen längeren Besuch ab. Der Kaiser begab sich in den Sitzungssaal der Stadtverordneten und hielt an die Herren, denen der Besuch völlig unerwartet kam, etwa folgende Ansprache:

„Von der Westfront kommend, freut es mich, die Herren hier begrüßen zu können. Im Westen habe ich das halb verwüstete Frankreich besichtigt. Da gewinnt man erst den richtigen Eindruck von dem Grauen, von dem unser Vaterland verschont geblieben ist. Wer etwa Kleinmütigkeit werden sollte, der möge einmal einige Tage an die Front gehen und sich die Verwüstungen ansehen, dann wird er nicht mehr klagen und mit seinem Voss zufrieden sein, denn wird er die Mühseligkeiten, Entbehrungen und Schrecken des Krieges mit Geduld tragen. Wenn die Herren sich hier in sicherer Ruhe zur Friedensarbeit zusammenfinden können, so verdanken Sie das unserem unvergleichlichen Heere. Die Offensive geht auf vorwärts. 600 000 Engländer sind bereits außer Gefecht gesetzt, 1600 Geschütze erbeutet. Die Franzosen müssen überall einpringen. Hart werden die Gegner mitgenommen. Sie haben's auch nicht besser verdient. Die Sache im Westen wird gemacht, aber wir müssen Geduld üben. Millionenheere können nicht an einem Tage erledigt werden. Wir werden unser Ziel erreichen. Schwere Arbeit ist zu leisten, aber dafür haben wir ja auch tüchtige Schmieße. Den Osten haben wir geöffnet. In der Krime geht es auch vorwärts. Aus der Ukraine sind die ersten Lebensmittelposten in Berlin eingetroffen. Dadurch wird unsere Lebensmittelförderung gebessert. In Sebastopol haben wir eine starke, reich beladene Handelsflotte erbeutet. Dort werden wir uns den Verkehr auf dem Schwarzen Meer wieder ermöglichen. Also es sieht gut. Ich freue mich über das nationale Verhalten hier an der Reichsgrenze. Die Stimmung der Truppen ist vorzüglich. Viele Rheinländer und auch viele Aachener habe ich in Kasernen und an der Front gesprochen und ihnen Auszeichnungen überreicht. Nun meine ich, es ist auch Zeit, alles Fremdländische abzustreifen. Alles französische Parkieren muß aufhören. Sprechen wir lieber unser deutsches Wort.“

Am 13. Mai.

Berlin, 14. Mai. (W.T.B.) Dem starken Feuer, das im Laufe des ganzen 13. Mai auf der Front vom Ypernkanal bis nördlich Pailleur lag, sind feindliche Angriffe nicht gefolgt, doch wurden mehrfach starke feindliche Ansammlungen unter wirksamem deutschem Vernichtungsgeschütz genommen und zerstört. Am späten Abend und nachts verstärkte sich das feindliche Feuer von neuem, besonders gegen das Stummelgebiet und westlich bis nach Pailleur. Nach schlagartig einsetzender feindlicher Artilleriefeuer auf die deutschen Stellungen bei Gibensy folgte ein starker englischer Zeilangriff, der mehrfach wiederholt wurde. Der Feind hatte dabei außerordentlich schwere Verluste. Die deutschen Stellungen sind reiflos gehalten.

Operationspause und dritter Stoß.

Von der schweizerischen Grenze, 14. Mai. Im Verner Bund schreibt Stegemann: Die Länge der gegenwärtigen Operationspause an der Westfront läßt auf die Größe des dritten Offensivstoßes schließen, der sicher zu erwarten steht und zweifellos alle Berechnungen über den Ganzen werfen dürfte.

Beziehung der Stahlwerke im Vethune.

Berlin, 14. Mai. (W.T.B.) Die Schachtanlagen und Stahlwerke im Vethune wurden von den Deutschen mit jähren Kalibern wirkungsvoll beschossen. Im Kesselhaus des Stahlwerkes Dully-Grenai wurde ein Vorkresser

erzielt, ein weiterer Vorkresser im Kesselhaus des Schacht III von Noeux. Dort wurde eine Explosion unter starker Feuer- und Rauchentwicklung hervorgerufen.

London, 15. Mai. (W.T.B.) General Maurice hat die Stelle des militärischen Mitarbeiters beim Daily Chronicle angenommen.

Bulgarischer Kriegsbericht.

Sofia, 15. Mai. (W.T.B.) Amtlicher Heeresbericht von gestern. Mazedonische Front: Nördlich von Bitolia, an der östlichen Gerna und südlich Gogubeli war die beiderseitige Artillerietätigkeit beständig. Westlich des Bardar verjuchten englische Abteilungen an unsere Vorkesseln bei den Dörfern Madschund heranzukommen, wurden jedoch durch unser Feuer zerstreut. Nördlich des Tabinsches Patrouillenunternehmens. Im Bardar und im Strumatal lebhafteste beiderseitige Fliegeraktivität.

Türkischer Kriegsbericht.

Konstantinopel, 15. Mai. (W.T.B.) Amtlicher Heeresbericht von gestern. Palästinafront: Von der Küste bis zum Jordan sehr geringe Geheftstätigkeit. Auf dem Ostufer des Jordan zunehmendes Artilleriefeuer. — Mesopotamien: Keine Kampfhandlung. Auf den übrigen Fronten nichts Neues.

Türkischer Kriegskredit.

Konstantinopel, 15. Mai. (W.T.B.) Das Amtsblatt veröffentlicht eine Verordnung, nach der dem Kriegsminister vorbehaltlich der parlamentarischen Genehmigung ein außerordentlicher Kredit von 30 Millionen Pfund bewilligt wird.

Der Krieg zur See.

33 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 14. Mai. (W.T.B. Amtlich.) Im kühnen Draufgehen vernichtete Kapitänleutnant Steinhilber mit seinem bewährten U-Boot im Sperrgebiet des westlichen Mittelmeeres neuerdings und innerhalb weniger Tage sieben wertvolle Dampfer unter sehr erheblicher Gegenwehr und mehrere kleine Fahrzeuge von zusammen rund 33 000 B.-M. und mit ihnen etwa 10 Geschütze.

Im Morgengrauen des 29. April drang Kapitänleutnant Steinhilber in die stark besetzte Durchfahrt von Sankt Pietro (Sardinien) ein und griff die in dem Hafen von Carloforte zu Anker liegenden Schiffe an. Er versenkte im Feuer von mehreren Landbatterien den englischen bewaffneten Dampfer „Kingstorian“ (6564 B.-M.) durch Torpedotreffer, vernichtete mit seiner Artillerie zwei große behaffnete Seckschlepper, schob einen französischen Viermastdampfer in Brand und bekämpfte das feindliche Artilleriefeuer. Abdam erzwang sich das Boot trotz Sperrfeuers der Landbatterien und trotz der Angriffe eines behaffneten großen Motorbootes die Ansbahrt. Am Ablauf von Carloforte führte das U-Boot ein halbseitiges Artilleriegefecht gegen einen stark bewaffneten Wacher und beschloß die Zerstörung und die Signalstation von Kap Speroni (Insel Antico) mit beobachteter Trefferwirkung.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Berlin, 14. Mai. (W.T.B.) Dem Drängen der öffentlichen Meinung, vielleicht auch der Einsicht in die offenbare Unzulänglichkeit ihrer bisherigen Wochenberichte über Schiffsverluste hat die britische Admiralität nicht länger Stand gehalten und veröffentlicht jetzt nach deutschem Muster monatliche Mitteilungen über die durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte herbeigeführten Bruttotonnageverluste. Die Times vom 25. April bringen zum erstenmal eine solche Zusammenstellung, die bis auf den Januar 1917 zurückgeht, aber abweichend von den deutschen Monatsmeldungen auch die durch Seefahrt verursachten Verluste einschließt. Demnach umfaßt die

seit 1917 bis Ende März 1918 vernichtete feindliche und neutrale Bruttotonnage 779 133 Tonnen. Nach amtlichen deutschen Zahlen beläuft sich das Gesamtergebnis des U-Bootkrieges ohne die Verluste durch Seefahrt in derselben Zeit auf 11 398 500 Tonnen. Aus dem Unterchied zwischen den deutschen und den englischen Angaben ist mit hin zu schließen, daß die englische Handelsflotte außer dem von der britischen Admiralität eingezahlten Verluste mindestens weitere 3 649 367 Tonnen Bruttoverluste erlitten hat, wenn sie Schiffe betreffen, die im Dienste der Marine und des Heeres fahren, also Munitions- und Transportdampfer, Lazaretttschiffe, Nachschiffahrzeuge und andere. Schon Daily Telegraph vom 21. März wies darauf hin, daß die amtlichen englischen Verlustangaben diese sogenannten Marineverluste nicht enthalten.

Zur Lage im Osten.

Erklärung der neuen ukrainischen Regierung.

Kiew, 14. Mai. (W.T.B.) Kiewskaja Mys veröffentlicht eine Erklärung der neuen Regierung, worin sich diese gegen die Gerüchte wendet, daß sie die Selbstherrlichkeit wieder eingeführt habe und auf Grundbesitz und Kapitalismus gestützt eine reaktionäre antikrainische Politik treibe. In der Erklärung heißt es u. a.: Das Bestreben des Hetman ist die Verwirklichung der Idee einer unabhängigen und freien Ukraine in historisch-nationaler ukrainischer Form. Die Regierung wird unter Vermeidung aller Gewalt und plötzlichen Änderungen mit Festigkeit den Gedanken der weiteren und allseitigen Entwicklung der ukrainischen nationalen Kultur, die Sicherung der Rechte der ukrainischen Sprache in der Schule, in Staat und gesellschaftlichen Organisationen und die Befestigung aller Formen der ukrainischen Staatslichkeit durchzuführen. Gleichzeitig erkennt die Regierung die Rechte auch aller anderen auf dem Gebiete der Ukraine lebenden Nationalitäten an. Aber die Hauptaufgabe der Regierung, die einen provisorischen Übergangscharakter trägt, besteht darin, in der Ukraine die staatliche Ordnung zu festigen und in den Bedingungen vollkommener Ruhe und echter Freiheit das Land bis zum Augenblick der Einberufung einer Volksvertretung zu leiten, welche den echten, von keinem Druck von irgend welcher Seite entstellten Willen des ukrainischen Volkes bezüglich des zukünftigen Staatsausbaus der Ukraine zum Ausdruck bringen wird. Die Aufgabe des Hetman geht nicht auf Selbstherrlichkeit. Die Ausarbeitung eines entsprechenden Wahlgesetzes bildet den Gegenstand der nächsten Bemühungen der Regierung. Die Regierung hat nicht die Absicht, irgend welche politischen Freiheiten anzutasten. Ein wirtschaftlich starkes Bauerntum ist die Grundlage des Volkswohls in einem so ausgesprochen landwirtschaftlichen Lande wie die Ukraine und die Regierung hat bereits mit der Ausarbeitung eines Planes für eine Landreform begonnen, in dem sie sich als höchstes Ziel gesetzt hat, die Landnot der landarmen und der landlosen Ackerbauern zu befriedigen. Die Regierung hat die Absicht, wieder den Weg der Abschaffung des Eigentumsrechtes, noch den der gefährlichen Experimente zu beschreiten, die noch kein Kulturland kennt, noch den Weg der Zerstörung der landwirtschaftlichen Kultur, die die Grundlage der Volkswirtschaft der Ukraine bildet. Diejenigen Länder im Privatbesitz, die zu diesem Zweck ohne Schädigung der Interessen der landwirtschaftlichen Kultur enteignet werden müssen, werden vom Staat angekauft und den heftigsten Ackerbauern zu angemessenen Preisen überlassen werden. Die Regierung fordert alle vernünftigen und staatlich gesinnten Elemente zu energischer und unermüdlicher Arbeit auf im Namen der Errettung des Landes vor der verderblichen Anarchie, vor Raub, Gewalttätigkeit, Mord und sinnloser Vergeltung des Volksvermögens und im Namen der Schaffung einer festen staatlichen Ordnung, die auf dem Geheiß, auf tatsächlicher Freiheit und auf der Achtung vor den wichtigsten Menschenrechten begründet ist.

Die russisch-ukrainischen Verhandlungen.

Basel, 14. Mai. Nach einer Moskauer Sabotage meldung fanden in Kiew zwischen den ukrainischen und den russischen Delegierten Teilkonferenzen statt. Es wurde über die Beendigung des Krieges verhandelt. Die Ukraine erklärte sich zu einem Waffenstillstand bereit. Die Ukrainer nehmen die Schwarzwasserflotte für sich in Anspruch; sie werden jedoch Aufschuß darüber wirtschaftliche und finanzielle Kompensationen gewähren.

Keine Ueberbreitung der russischen Grenze.

Berlin, 14. Mai. (W.T.B.) Nach verschiedenen Brechenmeldungen sollen Abteilungen der weißen finnischen Garde an mehreren Stellen die russisch-finnische Grenze überschritten und bis Sestorick und Bargoelovo vorgedrungen sein. Wie sind zu der Feststellung ernüchtert, daß diese Nachricht jeder Begründung entbehrt. Ein Ueberbreiten der russischen Grenze in der Richtung auf Rettersburg hat nicht stattgefunden.

Walfour über den Frieden mit Rumänien.

Amsterdam, 14. Mai. Im englischen Unterhaus erwiderte gestern Minister Walfour auf Anfrage eines Mitglieds wegen des Bukarester Vertrags und seiner

Kalender-Klingen
 Sichert. App. wird Jahr-
 jarf gelassen. Sind 10 Pf.
 Kaiserstraße 18 Laden
 Karlsruhe. 8140

Wahrspruch
 1918
 Oktober 1918
 Pfennig.
 Buchhandlungen und
 Badischen Beobachters.
 Karlsruhe.

Wirkung auf das Verhältnis Rumäniens zum Verband folgendes: Sobald der Vertrag ratifiziert ist, hört Rumänien auf, unser Bundesgenosse zu sein und wird wieder ein neutraler Staat. Die englische Regierung hat Mitgefühl mit Rumänien und die bedauerliche Lage, in die es geraten ist. Es ist sicher unsere Pflicht, auf der künftigen Friedenskonferenz zu versuchen, eine Verringerung der Rumänien auferlegten harten Bedingungen durchzuführen.

Deutscher Reichstag.

Die Stenoverlagen im Hauptauschuß.

Berlin, 14. Mai. (W.Z.B.) Der Hauptauschuß des Reichstags legte heute seine Beratungen über die Einführung von Besteuerungen fort. Der bayerische Finanzminister von Preunig führte u. a. aus: Der Gebau eines Eingriffs des Reiches in das Gebiet der direkten Steuern im engeren Sinn ist im Reichstag im Jahre 1878 aufgetaucht. Es ist bisher nicht verwirklicht worden, ohne daß das Reich Schaden gelitten hat. Das Reich hat die Möglichkeiten, die ihm das einheitliche deutsche Wirtschaftsgebiet darbietet, auszunutzen. Auf diesem Wege muß es fortfahren. Die Theorie, daß die Konsumsteuern in der Hauptsache die große Masse belasten, hat längst ihre Gültigkeit verloren, denn eine starke Belastung des Konsums hat heute fast eine Erhöhung der Löhne und Gehälter im Gefolge. Sie fällt daher in weit größerem Maße als früher auf die besitzenden Klassen zurück. Außerdem sind die Aufgaben der Bundesstaaten und Gemeinden für soziale Zwecke derart angewachsen, daß sie einen erheblichen Teil der durch direkte Steuern aufzubringen Mittel beanspruchen. Andererseits sind die Bundesstaaten auf dem Wege, die mittleren und höheren Einkommen weit mehr zu belasten als früher. Das bedeutet einen Ungleich. Der Minister schloß mit der Bitte, nicht nur im Interesse der Bundesstaaten, sondern auch in dem des Reiches von einem Eingriff in das Gebiet der direkten Steuern im engeren Sinne abzusehen zu wollen. Der sächsische Finanzminister von Seydewitz erklärte, die vorgeschlagenen Steuern würden zum großen Teil sofort Erträge liefern. Außerdem siehe zur Deckung des Defizitbetrags noch ein Teil des Ertrages der Kriegsteuer zur Verfügung. Durch die vorgeschlagenen Steuern werde der Reich recht wesentlich belastet. Es sei also kein Grund vorhanden, den Vorschlag noch weiter zu betonen. Der Minister betonte zum Schluß, daß auch die sächsische Regierung wie die anderen Regierungen an einer Regelung mitarbeiten bereit sei, nur müsse sie auf einer geeigneten, die Lebensnotwendigkeiten der Bundesstaaten schonenden und die Volkswirtschaft nicht gefährdenden Grundlage gesucht werden.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

B.Z.K. Karlsruhe, 15. Mai 1918.

Präsident Kopf eröffnet die 48. Sitzung um 9 Uhr 15 Min. Am Regierungstisch: Staatsminister Frhr. von Wobner und Kommissar. Die Beratung der Denkschrift der Großh. Regierung über ihre wirtschaftlichen Maßnahmen während des Krieges wird fortgesetzt.

Abg. Waffa (F. V.) berichtet über Abschnitt II (Gewerbliche Betriebe). Der Berichterstatter dankt der Regierung dafür, daß es ihr gelungen ist, die Schließung von weiteren gewerblichen Betrieben zu verhindern. Ausdrücklich bedauert er, daß es bei dem tiefen Bedarf an Kriegsvorräten nicht entsprechend der Bedeutung des Handwerks berücksichtigt wurde; insbesondere hätten die Schreiner mehr berücksichtigt werden können. Von Interesse sei, zu hören, was die Großh. Regierung in ihren Verhandlungen mit Württemberg in Sachen der Holzlieferbereinigung erreicht hat. Die Kommission ist der Ansicht, daß die Maßnahmen der Großh. Regierung auf gewerblichem Gebiete im allgemeinen zweckentsprechend waren und beantragt, sie für unbeanstandet zu erklären.

Abg. Wobner (F. V.) begründet seine Interpellation über den Mangel an Rohstoffen und macht aufmerkzaam auf die Tatsache, daß das Handwerk nicht so leicht Rohstoffe erwerben könne, wie die Großindustrie. Wenn es dem Landesgewerbeamt gelänge, dem Kleingewerbe Rohstoffe zuzuführen, mache es sich eines großen Verdienstes um das Kleingewerbe selbst.

Abg. Dertle (M. B.) berichtet über Abschnitt IV (Verkehrsmittel) der Eisenbahnverwaltungen und beantragt denselben für unbeanstandet zu erklären.

Abg. Waffa (F. V.) berichtet über Abschnitt V (Geld- und Kreditwesen). Die Banken und Sparkassen haben

Theater und Musik.

Großh. Hoftheater. Bei dem Anstauschspiel des Frankfurter Neuen Theaters wird „Die Koralle“ von Georg Kaiser zum erstenmal hier aufgeführt. Dieses Werk des jungen Dichters, der in den letzten Jahren einen außerordentlichen Aufstieg als Dramatiker nahm, in München, Berlin, Frankfurt, Mannheim wurden außerdem Stücke von ihm mit größtem Erfolge gegeben, wird das Interesse der Karlsruher Theaterbesucher in Anspruch nehmen. „Die Koralle“ hatte in der Aufführung des Neuen Theaters einen großen Erfolg. Die Spielleitung führt Direktor Gellmer selbst.

Hochschulen.

Seidelberg, 15. Mai. (W.Z.B.) Der ordentliche Professor und Direktor der chirurgischen Klinik an der Universität Heidelberg, Geheimrat Hofrat Professor Dr. Max Wilms, ist in der vergangenen Nacht an Diphtheritis im Alter von 61 Jahren gestorben. Er war seit 1910 an der Universität als Nachfolger Karst's. Der Verstorbene war eine Zeit lang als Oberstabsarzt im Felde und erwarb sich das Eisener Kreuz.

Kirchliche Nachrichten.

Wahlen (Himmelspforte), 14. Mai. Zu den beiden Exerzientkursen für Priester vom 10. bis 14. Juni und vom 17. bis 21. Juni können noch Anmeldungen gemacht werden, was bald geschehen möge, da sonst wegen mangelhafter Beteiligung beide Kurse zusammengelegt werden.

Bischofskonferenz in Budapest.

(A.) Wien. Die römisch-katholischen Bischöfe des lateinischen und griechischen Ritus sind laut Meldung der Reichspost, zur regelmäßigen Jahreskonferenz unter dem Vorsitz des Kardinals und Fürsprimas Dr. Genzoni zusammengetreten. Den Hauptgegenstand ihrer Beratungen bilden kirchliche, sowie wichtige Unterrichtsfragen der Gegenwart.

eine glänzende Entwicklung genommen. Die Mietsteigerungen haben sich in den großen Städten sehr zu bemerken und sollten auch in die Friedenszeit mit übernommen werden. Die Hauptmangelware für die Hausbesitzer werde erst nach dem Kriege im Kreditwesen hervortreten; ihr könne nur durch Sicherungshypotheken entgegengetreten werden. Es sind Maßnahmen getroffen, daß Landwirte, und Gewerbetreibende ihre Kriegsanleihen nach dem Krieg an Zahlungsfrist beim Steuerzahler und beim Erwerb von Material zum Beer verwenden können. Die Kommission hat keinen Anlaß gefunden, die Maßnahmen der Regierung auf diesem Gebiete zu beanstanden. Derselbe Berichterstatter erstattet nun weiter den Bericht über Abschnitt VI (Gemeinden und gemeinnützige Organisationen). Bezüglich mit anderen Bundesstaaten seien die Unterstellungen des badischen Staates an die Gemeinden zur Tragung der Kriegslasten für das Wohlstandswesen viel zu gering. Gegenüber Preußen seien wir hier sehr im Nachstande. Die Kommission findet darin aber keinen Anlaß zur Beanstandung der Maßnahmen, sie wünscht nur, daß den Gemeinden neben den Reichsbeiträgen auch Staatsmittel in reicheren Maße zur Beirteilung ihrer Kriegesfürsorge gewährt werden.

Abg. Strobel (Soz.) berichtet über Abschnitt VII (Soziale Fürsorge), sowie über die Anträge Kolb u. Gen. betr. die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer, Muser u. Gen. betr. die Gewährung von Darlehen und die Abgabe freiverdender Baustoffe zum Kleinwohnungsbaue und die Beschaffung von Holz zur Heizung der Bauartillerie, Dr. Götner u. Gen. betr. die Errichtung von Kriegesheimstätten, sowie der Abg. Dr. Wirt u. Gen. betr. die Lebensmittelversorgung und die Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und deren Folgen; ferner die Petitionen der Freien Gewerkschaften Wobner betr. die Wohnungsfürsorge, des Bundes der Bodenreformer, Landesverband Baden, wegen reichsgewerblicher Schaffung von Kriegesheimstätten und der Gewerkschaft der deutschen Textilarbeiter Hirsch-Lunder betr. die Heberungsarbeiten in der Textilindustrie. Der Antrag Kolb wurde in eine Resolution umgewandelt, die Zweite Kammer ersucht die Großh. Regierung, erneut auf die Lebensmittelversorgung einzumitteln, deren Zufuhrbestimmungen der Regierungsbekanntmachung nicht gerecht werden, damit dieselben bald eine Erhöhung der Zuschüsse vornehmen.

Abg. Eubert (F. V.) berichtet namens der Budgetkommission über den Antrag Kolb u. Gen. und verliest eine Erklärung der Großh. Regierung, welche dem Verlangen der Antragsteller entgegenkommt. Darauf beschloß die Kommission, folgenden Antrag zu stellen: Die Zweite Kammer wolle beschließen, den Antrag Kolb u. Gen. als durch die Antwort der Großh. Regierung für erledigt zu erklären.

Abg. Strobel (Soz.) berichtet über den Antrag Muser und die Petition der Freien Gewerkschaften. Die Regierung äußerte sich im allgemeinen entgegenkommend, zum Teil sind die Wünsche bereits erfüllt. Seitens der Kommission wurde die Bereitwilligkeit, bei Bauhilfen um 8-11 Prozent unter den Preisen für Seereschiffen zu bleiben, für durchaus ungenügend erklärt. Die unmittelbare Vergabe von Darlehen an Bauvereine lehnt die Regierung ab, weil die Amortisationskasse dazu zur Zeit nicht in der Lage sei. Diese Antwort genügt der Kommission nicht. Die Kapitalbindung für das Wohnungsgebiel der Bauvereine kann die Regierung nicht gewähren, weil die Baueinheiten nicht auf demselben Wege bleiben. Auch die steuerliche Befreiung des Kleinwohnungsbaus nach dem Vorbild Bayerns hält die Regierung für nicht für dringend. Dagegen wäre eine zeitweise steuerliche Befreiung bei der Gemeindesteuer diskutabel. Dazu wäre aber eine Abänderung der Gemeindeordnung nötig. Dem Antrag der Wirtler folgt die Großh. Regierung gerecht zu werden durch Anregung, Miteigentümer zu schaffen auch in den kleinen Städten. Die Schaffung eines Kriegesheimstättengesetzes hält die Regierung noch nicht für genügend geklärt. Dadurch ist der Antrag Götner erledigt. Wobneranträge werden von der Großh. Regierung als Reibehesse für die Bekämpfung der Wohnungsnot als ungeeignet bezeichnet; sie hält es für angelegener, durch den Bau von Kleinwohnungen abzuheben. Sie hat auch die Erlaubnis gegeben, unter gewissen Bedingungen Dachwohnungen auf Antrag freizugeben. Kellerwohnungen bestehen nur ganz vereinzelt und ist hier eine Verringerung nicht erforderlich. Die zweite Petition bezieht sich auf die Beschaffung von Möbeln und Utensilien. Der Bauhand hat hier in verschiedenen Städten schon eingegriffen. Die Kommission beantragt, die Petition der Freien Gewerkschaften empfehlend zu überweisen.

Abg. Oberwald (F. V.) begründet die Anträge Muser u. Gen. Nebener mangelte der Regierung, bei der Beschaffung von Baumaterial dem bayerischen Beispiel zu folgen und die Spekulation auszuschießen. Nebener begründet ferner den Antrag Götner und wünscht, daß die Regierung durch das Reich bald verabschiedet werden könne.

Abg. Weber (Soz.) begründet den Antrag Kolb u. Gen. und weist auf die Notwendigkeit hin, daß Kriegsveteranen wegen der ungenügenden Hinterbliebenenrente angesichts der Zerstörung sich an den Landesherren haben wenden müssen. Man hätte schon laufende Erhöhungen einführen müssen. Einzelne Gemeinden haben Zuschüsse zu den Hinterbliebenenrenten gewährt, aber nicht alle Gemeinden sind so weitgehend. Die Regierung möge im Bundesrat für eine Besserung der Verhältnisse eintreten. Die Reichsleitung sieht der Sache wohlwollend gegenüber.

Abg. Strobel (Soz.) gibt die Regierungserklärung zum Antrag Dr. Wirt bekannt, wodurch ein Teil der Wünsche bereits erfüllt sind; der andere Teil will einen Ausbau der öffentlichen Arbeitsnachweise. Die Regierung hält Ausführungsbestimmungen in Baden nicht für nötig. Die Kommission ist damit nicht ganz einverstanden. Ein weiterer Teil des Antrags will, daß Arbeiter nach dem Kriege, wenn sie nicht sofort Arbeit erhalten können, ihre militärischen Bezüge während der Arbeitslosigkeit eine Zeitlang weiter erhalten sollen. Die Kommission empfiehlt den Antrag Dr. Wirt zur Annahme.

Abg. Meinhart (F. V.): Die größte Gefahr droht den Arbeitern nach dem Krieg. Durch die Arbeitslosigkeit wird große Not entstehen. Da ist es notwendig, daß die Arbeiter im Reichskommissariat mitberaten sind. Der Arbeitsnachweis ist in Baden vorbildlich geregelt. Er fordert nicht partielle Arbeitsnachweise. Bei der Entlassung sollten die Bedürfnisse weiter gewahrt werden bis zur Regelung der Renten. Wegen Arbeitsmangel infolge Rohstoffmangel wird da und dort Not eintreten. Da sollte die Familienunterstützung weiter gewahrt werden.

Abg. Strobel (Soz.): Bezüglich der Petition der Bodenreformer schlägt die Kommission vor, dieselbe der Regierung als Material zu überreichen. Zur Petition der Hirsch-Lunder wurde eine Antwort des Reichswirtschaftsamt eingeholt. Danach wird die Frage der Heberungsarbeiten volle Beachtung geschenkt. Die Wirtschaftsstellen sollen dafür Sorge tragen, daß kein Landesteil benachteiligt wird in der Verteilung der Rohstoffe für die Textilindustrie. Die Kommission beantragt, die Petition der Regierung als Material zu überreichen.

Abg. Wechsung (F. V.) berichtet über Abschnitt VIII (Polizeiliche Maßnahmen) und erwähnt die Kurie im Feuerlöschwesen. In der Kommission wurde anlässlich des letzten großen Brandes in Karlsruhe eine bessere

Organisation der Karlsruher Feuerwehr für notwendig erklärt. Die Maßnahmen der Regierung werden nicht beanstandet. Der Berichterstatter berichtet ferner über Abschnitt IX (Verwaltungsmaßnahmen). Nach Mitteilung der Großh. Regierung sollen als Liquidatoren für Eigentum, feindlicher Staatsangehöriger Immobilien und Rechtsanwarte angestellt werden. Auch bei diesem Abschnitt fand die Kommission keinen Anlaß zu Beanstandungen.

Abg. Strobel (Soz.) berichtet über Abschnitt XI (Rechtspflege). Die Kommission beantragt, die Maßnahmen der Regierung für unbeanstandet zu erklären. Zur Petition des Mietervereins Seidelberg wegen Verringerung des Enteignungsgesetzes äußert sich die Regierung dahin, daß bis jetzt Anträge auf Enteignungen zu Versteigerungen nicht eingekommen sind. Solche Fälle kämen unter der Bedingung durchzuführen, daß die Seidelberg allgemeinen Interesse dient. Eine Abänderung des Enteignungsgesetzes und Schaffung anderer Grundzüge für die Enteignung zugunsten der Bauvereine sei nicht zu empfehlen.

Staatsminister Frhr. v. Ludman hat eine eilige Mitteilung zu machen, welche die Beschaffung von Schutten für die Landwirtschaft betrifft. Für die Fortarbeiter sind monatlich 1077 Paar Lederstühle zur Verfügung. Gleiche Schuhe für die Landwirtschaft aus Leder waren nicht zu beschaffen, dagegen können 2174 Kriegsstiefel für die Landwirtschaft monatlich zur Verfügung gestellt werden. Diese Schuhe sind teilweise aus Leder mit Holzsohlen. Sie werden je an 22 Antischieber verteilt. Das Paar kostet bis zu 24 Mk. Ich stelle ein Paar dieser Kriegsstiefel zur Verfügung auf den Tisch des Hauses.

Abg. Welsch (F. V.): Wie vernehmen die Schwierigkeiten nicht, die sich der Regierung entgegenstellen und anerkennen den guten Willen der Regierung und danken ihr für das, was sie getan. Das schließt aber nicht aus, daß wir an der einen und anderen Maßnahme Kritik üben müssen. Es scheint, daß Baden in der Verteilung von Mannschaften aus dem Beamten- und Arbeiterbereich dem Landwirt- und Handwerkerstand mehr getan habe als andere Bundesstaaten. Da sollte auch mehr mit Urlaub entgegengelassen werden. Nebener denkt ebend der Gefallenen und derer, die noch draußen stehen. Er wünscht, daß in ähnlicher Weise, wie bei der Eisenbahn, Schuhe mit Gummisohlen geliefert werden. Wenn irgendwo, so verdienen in der Landwirtschaft die Frauen Lohn und Anerkennung. Sie sind es, die uns das Durchhalten ermöglichen. Sie sind aber überaus streng. Das Kriegesheimstättenamt hat sich das Ziel der Mobilisierung der Frauen Wollen und Wolllingen ist aber ein weiterer Weg. Am durchführbar zu sein, ist die Bereitstellung der nötigen Arbeitskräfte für unsere Landwirtschaft erforderlich. Da liegt bei uns in Baden viel im Argen. Die Landesbehörden behandeln zwar Urlaubsgesuche wohlwollend, aber sobald die Gesuche hinauskommen, hört die Gemütsarbeit auf. Da kommt es vor, daß Männer, deren Frau mit kleinen Kindern allein die Landwirtschaft obliegt, 10-17 Monate keinen Urlaub erhielten. Gestragt wird von Leuten, die in preussischen Truppsen stehen. Sie klagen, daß ihre preussischen Kameraden schon zweimal Urlaub bekamen, während sie keinen erhalten können. Die landwirtschaftlichen Rumänen hat man uns weggenommen für Fabriken in Mannheim; Ersatz haben wir nicht dafür bekommen. In den Holzschlägen zu gehen, sei für die Landwirte eine wahre Qual. Zur Hebung des Viehbestandes sollte bei den Viehhammelstellen ein Austausch zwischen guten und minderwertigen Vieh möglich sein. Die Schweinewirtschaft im Lande ist zu Ende. (Geisterst.) Es sei zu wünschen, daß wir bald wieder eine Schweinewirtschaft bekommen. (Geisterst.) Das läme auch dem Kollegen Marum zugute; er bekäme dann mehr Kalbfleisch. Bei den heutigen Preisen sei aber eine Aufzucht kaum möglich. Der Ferkelverkauf sollte nur vom Fächter zum Landwirt stattfinden können. Der Preis von 400 Mk. für zwei kleine Ferkel sei überhöht. Ein Ferkel, dessen Landwirtschafft heruntergekommen, wünscht sich auswärts anzusetzen. Er wünscht, daß solchen Leuten geholfen werde. Die Beschaffung der Bundesdauern war wohl die verheerendste Maßnahme, die getroffen werden konnte. Sie hat Bekleidungs- und Mißbilligung erzeugt. Sie hat, künstlich davon abgesehen. Auch bei den Beeren sollte man den Sammlern Freiheit lassen. Zu beanstanden sei es, daß jene Gemeinden, die ihre Tannen für das Reich harzen ließen, noch große Aufwendungen aus der Gemeindekasse zu machen hätten. Bei den Heeresaufträgen könnten auch manche Handwerker befreit werden, die im Felde stehen; da macht man aber immer wieder die Erfahrung, daß nur gewisse Herren in der Stadt beschäftigt sind, die dann die Arbeit bei Handwerker und Näherinnen auf dem Lande machen lassen. Nur schwer ist Material zu kleinen häuslichen Reparaturen zu bekommen; da hat es um Karlsruhe großes Versehen erzeugt, daß die Generaldirektion die umfangreiche Veränderung vornehmen ließ, von der man der Ansicht ist, daß sie nicht notwendig war. In der Färberei für arbeitslose Tabakarbeiterinnen liegt noch manches im Argen. Die Gemeinden sollten hierwegen Anweisung erhalten. Darüber anzuerkennen ist, was die Landesversicherungsanstalt für fränke Kriegesfamilien tut. Alles Mühe machen die Interessierte in der Gewährung der Unterstützung in den einzelnen Lieferungsverbänden. Die Kriegesbeschäftigtenfürsorge weist auf Unterschiede auf. Die Ausgleichsliste könnte dadurch vermieden werden, daß die ganze Frage der Gewährung von Berufsmittelungsanlagen usw. durch eine Stelle behandelt würde. Ueber die Bekämpfung im Lazarett Friedrich habe ich auch Klagen gehört. Nebener wendet sich noch gegen den Kriegswucher und bepricht einen Fall einer Hypothekensicherung durch feindliche Ausländer, in dem die Regierung eingreifen möge. (Beifall im Zentrum.)

Morgen vormittag 9 Uhr Fortbildungsschulgesetz. Schluß gegen 1 Uhr.

Abg. Oberwald (F. V.) begründet die Anträge Muser u. Gen. Nebener mangelte der Regierung, bei der Beschaffung von Baumaterial dem bayerischen Beispiel zu folgen und die Spekulation auszuschießen. Nebener begründet ferner den Antrag Götner und wünscht, daß die Regierung durch das Reich bald verabschiedet werden könne.

Abg. Weber (Soz.) begründet den Antrag Kolb u. Gen. und weist auf die Notwendigkeit hin, daß Kriegsveteranen wegen der ungenügenden Hinterbliebenenrente angesichts der Zerstörung sich an den Landesherren haben wenden müssen. Man hätte schon laufende Erhöhungen einführen müssen. Einzelne Gemeinden haben Zuschüsse zu den Hinterbliebenenrenten gewährt, aber nicht alle Gemeinden sind so weitgehend. Die Regierung möge im Bundesrat für eine Besserung der Verhältnisse eintreten. Die Reichsleitung sieht der Sache wohlwollend gegenüber.

Abg. Strobel (Soz.) gibt die Regierungserklärung zum Antrag Dr. Wirt bekannt, wodurch ein Teil der Wünsche bereits erfüllt sind; der andere Teil will einen Ausbau der öffentlichen Arbeitsnachweise. Die Regierung hält Ausführungsbestimmungen in Baden nicht für nötig. Die Kommission ist damit nicht ganz einverstanden. Ein weiterer Teil des Antrags will, daß Arbeiter nach dem Kriege, wenn sie nicht sofort Arbeit erhalten können, ihre militärischen Bezüge während der Arbeitslosigkeit eine Zeitlang weiter erhalten sollen. Die Kommission empfiehlt den Antrag Dr. Wirt zur Annahme.

Abg. Meinhart (F. V.): Die größte Gefahr droht den Arbeitern nach dem Krieg. Durch die Arbeitslosigkeit wird große Not entstehen. Da ist es notwendig, daß die Arbeiter im Reichskommissariat mitberaten sind. Der Arbeitsnachweis ist in Baden vorbildlich geregelt. Er fordert nicht partielle Arbeitsnachweise. Bei der Entlassung sollten die Bedürfnisse weiter gewahrt werden bis zur Regelung der Renten. Wegen Arbeitsmangel infolge Rohstoffmangel wird da und dort Not eintreten. Da sollte die Familienunterstützung weiter gewahrt werden.

Abg. Strobel (Soz.): Bezüglich der Petition der Bodenreformer schlägt die Kommission vor, dieselbe der Regierung als Material zu überreichen. Zur Petition der Hirsch-Lunder wurde eine Antwort des Reichswirtschaftsamt eingeholt. Danach wird die Frage der Heberungsarbeiten volle Beachtung geschenkt. Die Wirtschaftsstellen sollen dafür Sorge tragen, daß kein Landesteil benachteiligt wird in der Verteilung der Rohstoffe für die Textilindustrie. Die Kommission beantragt, die Petition der Regierung als Material zu überreichen.

Abg. Wechsung (F. V.) berichtet über Abschnitt VIII (Polizeiliche Maßnahmen) und erwähnt die Kurie im Feuerlöschwesen. In der Kommission wurde anlässlich des letzten großen Brandes in Karlsruhe eine bessere

Organisation der Karlsruher Feuerwehr für notwendig erklärt. Die Maßnahmen der Regierung werden nicht beanstandet. Der Berichterstatter berichtet ferner über Abschnitt IX (Verwaltungsmaßnahmen). Nach Mitteilung der Großh. Regierung sollen als Liquidatoren für Eigentum, feindlicher Staatsangehöriger Immobilien und Rechtsanwarte angestellt werden. Auch bei diesem Abschnitt fand die Kommission keinen Anlaß zu Beanstandungen.

Abg. Strobel (Soz.) berichtet über Abschnitt XI (Rechtspflege). Die Kommission beantragt, die Maßnahmen der Regierung für unbeanstandet zu erklären. Zur Petition des Mietervereins Seidelberg wegen Verringerung des Enteignungsgesetzes äußert sich die Regierung dahin, daß bis jetzt Anträge auf Enteignungen zu Versteigerungen nicht eingekommen sind. Solche Fälle kämen unter der Bedingung durchzuführen, daß die Seidelberg allgemeinen Interesse dient. Eine Abänderung des Enteignungsgesetzes und Schaffung anderer Grundzüge für die Enteignung zugunsten der Bauvereine sei nicht zu empfehlen.

Staatsminister Frhr. v. Ludman hat eine eilige Mitteilung zu machen, welche die Beschaffung von Schutten für die Landwirtschaft betrifft. Für die Fortarbeiter sind monatlich 1077 Paar Lederstühle zur Verfügung. Gleiche Schuhe für die Landwirtschaft aus Leder waren nicht zu beschaffen, dagegen können 2174 Kriegsstiefel für die Landwirtschaft monatlich zur Verfügung gestellt werden. Diese Schuhe sind teilweise aus Leder mit Holzsohlen. Sie werden je an 22 Antischieber verteilt. Das Paar kostet bis zu 24 Mk. Ich stelle ein Paar dieser Kriegsstiefel zur Verfügung auf den Tisch des Hauses.

Abg. Welsch (F. V.): Wie vernehmen die Schwierigkeiten nicht, die sich der Regierung entgegenstellen und anerkennen den guten Willen der Regierung und danken ihr für das, was sie getan. Das schließt aber nicht aus, daß wir an der einen und anderen Maßnahme Kritik üben müssen. Es scheint, daß Baden in der Verteilung von Mannschaften aus dem Beamten- und Arbeiterbereich dem Landwirt- und Handwerkerstand mehr getan habe als andere Bundesstaaten. Da sollte auch mehr mit Urlaub entgegengelassen werden. Nebener denkt ebend der Gefallenen und derer, die noch draußen stehen. Er wünscht, daß in ähnlicher Weise, wie bei der Eisenbahn, Schuhe mit Gummisohlen geliefert werden. Wenn irgendwo, so verdienen in der Landwirtschaft die Frauen Lohn und Anerkennung. Sie sind es, die uns das Durchhalten ermöglichen. Sie sind aber überaus streng. Das Kriegesheimstättenamt hat sich das Ziel der Mobilisierung der Frauen Wollen und Wolllingen ist aber ein weiterer Weg. Am durchführbar zu sein, ist die Bereitstellung der nötigen Arbeitskräfte für unsere Landwirtschaft erforderlich. Da liegt bei uns in Baden viel im Argen. Die Landesbehörden behandeln zwar Urlaubsgesuche wohlwollend, aber sobald die Gesuche hinauskommen, hört die Gemütsarbeit auf. Da kommt es vor, daß Männer, deren Frau mit kleinen Kindern allein die Landwirtschaft obliegt, 10-17 Monate keinen Urlaub erhielten. Gestragt wird von Leuten, die in preussischen Truppsen stehen. Sie klagen, daß ihre preussischen Kameraden schon zweimal Urlaub bekamen, während sie keinen erhalten können. Die landwirtschaftlichen Rumänen hat man uns weggenommen für Fabriken in Mannheim; Ersatz haben wir nicht dafür bekommen. In den Holzschlägen zu gehen, sei für die Landwirte eine wahre Qual. Zur Hebung des Viehbestandes sollte bei den Viehhammelstellen ein Austausch zwischen guten und minderwertigen Vieh möglich sein. Die Schweinewirtschaft im Lande ist zu Ende. (Geisterst.) Es sei zu wünschen, daß wir bald wieder eine Schweinewirtschaft bekommen. (Geisterst.) Das läme auch dem Kollegen Marum zugute; er bekäme dann mehr Kalbfleisch. Bei den heutigen Preisen sei aber eine Aufzucht kaum möglich. Der Ferkelverkauf sollte nur vom Fächter zum Landwirt stattfinden können. Der Preis von 400 Mk. für zwei kleine Ferkel sei überhöht. Ein Ferkel, dessen Landwirtschafft heruntergekommen, wünscht sich auswärts anzusetzen. Er wünscht, daß solchen Leuten geholfen werde. Die Beschaffung der Bundesdauern war wohl die verheerendste Maßnahme, die getroffen werden konnte. Sie hat Bekleidungs- und Mißbilligung erzeugt. Sie hat, künstlich davon abgesehen. Auch bei den Beeren sollte man den Sammlern Freiheit lassen. Zu beanstanden sei es, daß jene Gemeinden, die ihre Tannen für das Reich harzen ließen, noch große Aufwendungen aus der Gemeindekasse zu machen hätten. Bei den Heeresaufträgen könnten auch manche Handwerker befreit werden, die im Felde stehen; da macht man aber immer wieder die Erfahrung, daß nur gewisse Herren in der Stadt beschäftigt sind, die dann die Arbeit bei Handwerker und Näherinnen auf dem Lande machen lassen. Nur schwer ist Material zu kleinen häuslichen Reparaturen zu bekommen; da hat es um Karlsruhe großes Versehen erzeugt, daß die Generaldirektion die umfangreiche Veränderung vornehmen ließ, von der man der Ansicht ist, daß sie nicht notwendig war. In der Färberei für arbeitslose Tabakarbeiterinnen liegt noch manches im Argen. Die Gemeinden sollten hierwegen Anweisung erhalten. Darüber anzuerkennen ist, was die Landesversicherungsanstalt für fränke Kriegesfamilien tut. Alles Mühe machen die Interessierte in der Gewährung der Unterstützung in den einzelnen Lieferungsverbänden. Die Kriegesbeschäftigtenfürsorge weist auf Unterschiede auf. Die Ausgleichsliste könnte dadurch vermieden werden, daß die ganze Frage der Gewährung von Berufsmittelungsanlagen usw. durch eine Stelle behandelt würde. Ueber die Bekämpfung im Lazarett Friedrich habe ich auch Klagen gehört. Nebener wendet sich noch gegen den Kriegswucher und bepricht einen Fall einer Hypothekensicherung durch feindliche Ausländer, in dem die Regierung eingreifen möge. (Beifall im Zentrum.)

Morgen vormittag 9 Uhr Fortbildungsschulgesetz. Schluß gegen 1 Uhr.

schlechteren Bedingungen einverstanden erklärt auf den 15. Mai gekündigt ist. Auf dieses rigore Verhalten gehen seitens der Firma antworteten sämtliche Arbeiter auschuhmitglieder mit Amtsinhaberlegung. In vollzählig besuchter Versammlung besetzten sich nun am Montag abend die Arbeiter hiermit und beschloßen ein Streik im i. g. das Anstehen der Firma einmütig abzulehnen. Mit der Sache werden sich nach andere Situationen zu beschäftigen haben. Die Arbeiterchaft von Karlsruhe und Umgebung wird gebeten, jeden Zugang fernzuhalten.

4 Fußballsport. Die Spiele am vergangenen Sonntag hatten folgende Ergebnisse: F. V. Weierheim schloß Rhönitz auch im Rückspiel mit 2 zu 1 Tor. Rhönitz II gewinnt gegen Weierheim II mit 3 zu 1 Tor. F. V. Weierheim II verlor bei Germania und gewann mit der 1. Mannschaft mit 2 zu 1, mit der 2. mit 3 zu 0 Toren. Die 3. Mannschaften spielten unentschieden 1 zu 1. Süßern siegte gegen Fußballverein Anielingen mit 2 zu 1 Tor. Die Entscheidung in der A-Klasse liegt nun zwischen Weierheim und F. V. und dürfte das Treffen am 26. Mai auf dem F. V. -Platz wohl das bedeutendste der Frühjahrsverbandsspiele werden. Am Freitagmontag weilt die Stadtmannschaft in Mannheim zum Rückspiel des Stadtspiels Mannheim-Karlsruhe.

Politische Nachrichten.

München, 15. Mai. (W.Z.B.) Landtagspräsident Friedrich Lutz (Wahr. Bauernbund) ist gestern abend in Dettingen im Alter von 67 Jahren nach einer Operation gestorben. Lutz gehörte während dreier Wahlperioden dem Reichstag an.

Politische Erklärung des Wiener Gemeinderats. Wien, 15. Mai. (W.Z.B.) Der Gemeinderat wurde ein von einer großen Zahl von Gemeinderäten unterschriebener Antrag eingebracht, an die Regierung die Petition zu richten, in der der Wiener Gemeinderat, gegen die Staatszerstörung der Errichtung eines südslawischen Staates protestiert und die Errichtung einer deutschen nationalen unterirdischen Schule in Triest fordert. Der Wiener Gemeinderat erblickt in dem treuen Bündnis der Österreichisch-ungarischen Monarchie mit Deutschland die einzige Sicherheit für den Staat, und fordert Gewähr für einen dauernden Frieden und eine glückliche Zukunft der Völker.

Polen. Warschau, 14. Mai. (Frib.-Tel.) Wie verlautet, hat der bisherige Leiter des polnischen Pressebüros in Berlin Wilhelm Feldmann seinen Abschied erbeten und durch das polnische politische Departement in Warschau erhalten.

Irland. Larn, 15. Mai. (W.Z.B.) Wie das Journal aus London erfährt, unternehmen Sinnfeinder in der Grafschaft Cork Streifzüge, um als Polizisten verkleidet, die in Privathäusern befindlichen Feuerwaffen zu erlangen.

Heillose Unordnung in Port Said. An, 15. Mai. (W.Z.B.) Rappel berichtet, daß in Port Said infolge Umladens sämtlicher Frachten eine heillose Unordnung herrsche, die schon die ernstesten Folgen gehabt habe. So sei an der französisch-englischen Front eine große Anzahl von Pferden eingegangen, weil in das Futter, das in Port Said umgeladen worden war, Mehlwürmer gemischt waren. Man könne Hunderte derartige Fälle anführen.

Selbstverwaltung für Indien gefordert. Rotterdam, 14. Mai. (W.Z.B.) Nach dem Nieuwe Rotterdamchen Courant erfährt Daily Telegraph aus Bombay vom 3. Mai, das Kabinett für den nationalen indischen Kongress sei dort unter dem Vorsitz von Besant zusammengetreten. Es seien Delegierte aus allen Teilen Indiens anwesend. Die Beratungen gingen bei geschlossenen Türen vor sich und hätten 5 1/2 Stunden gedauert. Die Beschlüsse seien noch nicht veröffentlicht, aber es verlautet, daß das Komitee einen Antrag auf Unterstützung des neuen Verfassungsgesetzes für die indische Armee und einen zweiten Antrag annahm, in dem die Regierung aufgefordert wird, zu erklären, daß sie innerlich einer bestimmten Selbstverwaltung in Indien nach den Prinzipien der Kongress und der Verband der Muslims angenommen habe, einbringen werde.

Luftwärme in Karlsruhe (nach den Beobachtungen der meteorologischen Station). 14. Mai, mittags 8.26 Uhr 15.9 Grad; nachts 10.26 Uhr 13.5 Grad; 15. Mai, morgens 8.26 Uhr 11.4 Grad; höchste Temperatur am 14. Mai 16.9 Grad; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 11.4 Grad; Niederschlagsmenge, gemessen am 15. Mai, 8.26 Uhr früh 1.5 Grad.

Braves, solches Mädchen Ralier-Klingen in besserer Haus, für häusl. Arbeiten, zu kleiner Familie sofort gesucht. 1864 Kaiserstraße 18 Laden gegenüber Nymphen-Garten. Karlsruhe.

Soeben gelangt zur Ausgabe: Taschen-Fahrplan für den Sommerdienst 1918 (15. Mai bis 31. Oktober 1918) Preis 20 Pfennig. Derselbe ist käuflich in den Buchhandlungen und bei den Trägerinnen des Badischen Beobachters. Badenia, Verlag und Druckerei, Karlsruhe.

Bezugspreis vierteljährlich 1.20 Mk. (Postgebühren inbegriffen). Einzelhefte 40 Pf. (Postgebühren inbegriffen). Ausland 1.50 Mk. (Postgebühren inbegriffen). Abbestellungsfrist: 1. April.

Friede Professor Dr.

Ant verflochten Gebiete, — so in die Zivilisation neuer europäischer Welt, auf aufereit Erwerbungen sich nicht an zu wachen, um nicht einer par breiten) schuf ein Staatenspolitik der den aufretende Grauen des Krieges, der ihre Anstrah haben durch Lust ererbischen, noch in Gebieten besonders zu weise um den men zwischen Grauen des Krieges, der ihre Anstrah haben durch Lust ererbischen, noch in Gebieten besonders zu weise um den

Ant verflochten Gebiete, — so in die Zivilisation neuer europäischer Welt, auf aufereit Erwerbungen sich nicht an zu wachen, um nicht einer par breiten) schuf ein Staatenspolitik der den aufretende Grauen des Krieges, der ihre Anstrah haben durch Lust ererbischen, noch in Gebieten besonders zu weise um den

Ant verflochten Gebiete, — so in die Zivilisation neuer europäischer Welt, auf aufereit Erwerbungen sich nicht an zu wachen, um nicht einer par breiten) schuf ein Staatenspolitik der den aufretende Grauen des Krieges, der ihre Anstrah haben durch Lust ererbischen, noch in Gebieten besonders zu weise um den

Ant verflochten Gebiete, — so in die Zivilisation neuer europäischer Welt, auf aufereit Erwerbungen sich nicht an zu wachen, um nicht einer par breiten) schuf ein Staatenspolitik der den aufretende Grauen des Krieges, der ihre Anstrah haben durch Lust ererbischen, noch in Gebieten besonders zu weise um den

Ant verflochten Gebiete, — so in die Zivilisation neuer europäischer Welt, auf aufereit Erwerbungen sich nicht an zu wachen, um nicht einer par breiten) schuf ein Staatenspolitik der den aufretende Grauen des Krieges, der ihre Anstrah haben durch Lust ererbischen, noch in Gebieten besonders zu weise um den

Ant verflochten Gebiete, — so in die Zivilisation neuer europäischer Welt, auf aufereit Erwerbungen sich nicht an zu wachen, um nicht einer par breiten) schuf ein Staatenspolitik der den aufretende Grauen des Krieges, der ihre Anstrah haben durch Lust ererbischen, noch in Gebieten besonders zu weise um den

Ant verflochten Gebiete, — so in die Zivilisation neuer europäischer Welt, auf aufereit Erwerbungen sich nicht an zu wachen, um nicht einer par breiten) schuf ein Staatenspolitik der den aufretende Grauen des Krieges, der ihre Anstrah haben durch Lust ererbischen, noch in Gebieten besonders zu weise um den

Ant verflochten Gebiete, — so in die Zivilisation neuer europäischer Welt, auf aufereit Erwerbungen sich nicht an zu wachen, um nicht einer par breiten) schuf ein Staatenspolitik der den aufretende Grauen des Krieges, der ihre Anstrah haben durch Lust ererbischen, noch in Gebieten besonders zu weise um den

Ant verflochten Gebiete, — so in die Zivilisation neuer europäischer Welt, auf aufereit Erwerbungen sich nicht an zu wachen, um nicht einer par breiten) schuf ein Staatenspolitik der den aufretende Grauen des Krieges, der ihre Anstrah haben durch Lust ererbischen, noch in Gebieten besonders zu weise um den

Ant verflochten Gebiete, — so in die Zivilisation neuer europäischer Welt, auf aufereit Erwerbungen sich nicht an zu wachen, um nicht einer par breiten) schuf ein Staatenspolitik der den aufretende Grauen des Krieges, der ihre Anstrah haben durch Lust ererbischen, noch in Gebieten besonders zu weise um den

Ant verflochten Gebiete, — so in die Zivilisation neuer europäischer Welt, auf aufereit Erwerbungen sich nicht an zu wachen, um nicht einer par breiten) schuf ein Staatenspolitik der den aufretende Grauen des Krieges, der ihre Anstrah haben durch Lust ererbischen, noch in Gebieten besonders zu weise um den

Ant verflochten Gebiete, — so in die Zivilisation neuer europäischer Welt, auf aufereit Erwerbungen sich nicht an zu wachen, um nicht einer par breiten) schuf ein Staatenspolitik der den aufretende Grauen des Krieges, der ihre Anstrah haben durch Lust ererbischen, noch in Gebieten besonders zu weise um den

Ant verflochten Gebiete, — so in die Zivilisation neuer europäischer Welt, auf aufereit Erwerbungen sich nicht an zu wachen, um nicht einer par breiten) schuf ein Staatenspolitik der den aufretende Grauen des Krieges, der ihre Anstrah haben durch Lust ererbischen, noch in Gebieten besonders zu weise um den

Ant verflochten Gebiete, — so in die Zivilisation neuer europäischer Welt, auf aufereit Erwerbungen sich nicht an zu wachen, um nicht einer par breiten) schuf ein Staatenspolitik der den aufretende Grauen des Krieges, der ihre Anstrah haben durch Lust ererbischen, noch in Gebieten besonders zu weise um den

Ant verflochten Gebiete, — so in die Zivilisation neuer europäischer Welt, auf aufereit Erwerbungen sich nicht an zu wachen, um nicht einer par breiten) schuf ein Staatenspolitik der den aufretende Grauen des Krieges, der ihre Anstrah haben durch Lust ererbischen, noch in Gebieten besonders zu weise um den

Ant verflochten Gebiete, — so in die Zivilisation neuer europäischer Welt, auf aufereit Erwerbungen sich nicht an zu wachen, um nicht einer par breiten) schuf ein Staatenspolitik der den aufretende Grauen des Krieges, der ihre Anstrah haben durch Lust ererbischen, noch in Gebieten besonders zu weise um den

Ant verflochten Gebiete, — so in die Zivilisation neuer europäischer Welt, auf aufereit Erwerbungen sich nicht an zu wachen, um nicht einer par breiten) schuf ein Staatenspolitik der den aufretende Grauen des Krieges, der ihre Anstrah haben durch Lust ererbischen, noch in Gebieten besonders zu weise um den

Ant verflochten Gebiete, — so in die Zivilisation neuer europäischer Welt, auf aufereit Erwerbungen sich nicht an zu wachen, um nicht einer par breiten) schuf ein Staatenspolitik der den aufretende Grauen des Krieges, der ihre Anstrah haben durch Lust ererbischen, noch in Gebieten besonders zu weise um den

Ant verflochten Gebiete, — so in die Zivilisation neuer europäischer Welt, auf aufereit Erwerbungen sich nicht an zu wachen, um nicht einer par breiten) schuf ein Staatenspolitik der den aufretende Grauen des Krieges, der ihre Anstrah haben durch Lust ererbischen, noch in Gebieten besonders zu weise um den

Ant verflochten Gebiete, — so in die Zivilisation neuer europäischer Welt, auf aufereit Erwerbungen sich nicht an zu wachen, um nicht einer par breiten) schuf ein Staatenspolitik der den aufretende Grauen des Krieges, der ihre Anstrah haben durch Lust ererbischen, noch in Gebieten besonders zu weise um den

Ant verflochten Gebiete, — so in die Zivilisation neuer europäischer Welt, auf aufereit Erwerbungen sich nicht an zu wachen, um nicht einer par breiten) schuf ein Staatenspolitik der den aufretende Grauen des Krieges, der ihre Anstrah haben durch Lust ererbischen, noch in Gebieten besonders zu weise um den

Ant verflochten Gebiete, — so in die Zivilisation neuer europäischer Welt, auf aufereit Erwerbungen sich nicht an zu wachen, um nicht einer par breiten) schuf ein Staatenspolitik der den aufretende Grauen des Krieges, der ihre Anstrah haben durch Lust ererbischen, noch in Gebieten besonders zu weise um den

Ant ver